

Neue Quartalsberichte online

Die Quartalsberichte zur Medienwirtschaft für den Zeitraum April bis Juni 2018 von Gert Hautsch stehen online. Sie bestehen wie immer aus drei Teilen:

- Branchenübersicht:
Ein neues Kabel-Monopol
- Konzernübersichten:
Börsenflop bei Springer Nature
- Übernahmen und Beteiligungen:
Von Ambassador bis Weka

Direkter Link zu den Quartalsberichten:

<https://tinyurl.com/y7qe3vzx>

Presseausweis für Profis

Der Presseausweis bleibt ein wichtiges Recherchewerkzeug für alle hauptberuflich tätigen Journalistinnen und Journalisten.

Ausführliche Informationen

<http://tinyurl.com/mmf8xx>

Bildhonorare 2018

Die Broschüre „Bildhonorare 2018“: Der Preis für ver.di-Mitglieder beträgt für die Printausgabe 19,80 Euro + 5 Euro Versandgebühr, die E-Paper-Ausgabe für mobile iOS- und Android-Geräte kostet 17,80 Euro. Bei Bestellung bitte die ver.di-Mitgliedsnummer angeben.

Fax: 030 324 7001

E-Mail: info@bvpa.org

www.bvpa.org/bildhonorare/

Umfrage unter Volos und Studis

Eine Studie am Lehrstuhl für Kommunikationswissenschaft an der Universität Passau will herauszufinden, inwiefern die Erwartungen von Studierenden an ein journalistisches Volontariat der von Volontären erlebten Realität entsprechen und was somit für eine zukunftsorientierte Ausbildung im Journalismus wichtig ist.

Wir bitten darum, an der Befragung teilzunehmen. Sie läuft nur noch bis 20. Juli.

www.socsiurvey.de/journalismusvolo/

Tarifrunde Tageszeitungsredaktionen 2018:

Kein zufriedenstellendes Ergebnis!



„Auch in der siebten Verhandlungsrunde für die rund 13.000 Tageszeitungsjournalistinnen und -journalisten haben die Verleger nicht die Bereitschaft gezeigt, ein Angebot zu formulieren, das unserer Forderung nach einer echten Reallohnsteigerung entsprochen hätte. Deswegen gibt es für uns noch immer kein zufriedenstellendes Ergebnis“, sagte Matthias von Fintel, Verhandlungsführer der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di, am 2. Juli nach fünfzehnstündigen Verhandlungen.

Der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) habe sich zwar für die ersten beiden Laufzeitjahre auf die Gewerkschaften zubewegt und eine Mindesthöhung von 135 Euro für den journalistischen Nachwuchs, 1,9 Prozent mehr Geld ab dem 1. Mai 2018 sowie eine Einmalzahlung von 500 Euro für 2018 angeboten. Für 2019 sollte es ab Mai eine weitere Erhöhung der Gehälter und Honorare von 2,4 Prozent geben: „Für uns geht es hier um Glaubwürdigkeit und Verantwortung für das Erreichen eines Abschlusses oberhalb der Inflationsrate: Der wird 2020 nur durch eine einfache Einmalzahlung von 600 Euro nicht erreicht. Das ist für eine Laufzeit von 31 Monaten viel zu wenig und dadurch den Kolleginnen und Kollegen nicht vermittelbar. Besonders bitter ist das für die Freien, die ebenfalls nur von einer tabellenwirksamen Erhöhung in vollem Maß profitieren. Wenn es den Verlegern

ernst mit einer langfristigen Planungssicherheit wäre, dann hätten sie unser Angebot angenommen, die Gehälter ab Januar 2020 um 2,2 Prozent zu erhöhen und gleich eine Gesamtlaufzeit von 36 Monaten zu vereinbaren: Dauerhaft wirkende Erhöhungen für 2020 lehnt der BDZV aber offenbar entschieden ab“, kritisierte von Fintel.

Die dju in ver.di werde den Verhandlungsstand nun den Mitgliedern, die sich in einer Urabstimmung für unbefristeten Streik ausgesprochen hatten, zur Abstimmung stellen – ausdrücklich ohne Zustimmungsempfehlung.

Ausführliche Informationen:

<https://dju.verdi.de/rein/tarifrunde>



Klaus Schrage (Foto), Vorsitzender der dju-Tarifkommission, erläutert die Gründe der Entscheidung, das weitere Vorgehen und die Konsequenzen in einem Video:

<https://tinyurl.com/yazgtykl>

Zeitschriften Axel Springer

Hamburg: Warnstreik bei Computer Bild

„Faire Tarife – nicht nur für unsere Smartphones“ – dies war das Motto des Warnstreiks bei der Computer Bild Digital GmbH in der Hamburger Hafencity am 13. Juli. Die Beschäftigten der bekannten Zeitschrift aus dem Springer-Konzern fordern einen Haustarifvertrag und wollen so bezahlt werden wie ihre Kolleg*innen in den tarifgebundenen Verlagen. Die Verhandlungen werden von der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten Union (dju) in ver.di und dem Deutschen Journalisten-Verband (DJV) geführt.

Der Warnstreik bei Computer Bild ist der erste Streik bei den mittlerweile zahlreichen tariflosen Tochterunternehmen von Axel Springer um einen Haustarifvertrag. Nach drei Verhandlungsrunden war kein wesentliches Entgegenkommen seitens des Konzerns erkennbar geworden. „Es wird Zeit, dass die Springer-Verantwortlichen ihre Mitarbeiter ernst nehmen“, sagte ver.di-Fachbereichsleiter Martin Dieckmann. „Über ein Angebot, das bis zu 40 Prozent unter den Flächentarifen liegt, kann man nicht ernsthaft verhandeln“, so Dieckmann und wies damit das bislang unterbreitete Gehaltsangebot der Konzernleitung zurück.

„Springer meldet Jahr für Jahr neue Gewinnsteigerungen. Der Konzernüberschuss allein in 2017 beträgt ca. 378 Millionen Euro. Wer wirtschaftlich so erfolgreich und so ertragsstark ist, kann seinen Mitarbeitern nicht erklären, warum er ihnen eine angemessene Bezahlung verweigert“, sagte DJV-Landesgeschäftsführer Stefan Endter.

Die Beschäftigten forderten Axel Springer auf, zeitnah ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. „Wir wollen eine Lösung am Verhandlungstisch, aber dazu braucht es auf der Springer-Seite die Bereitschaft, für angemessene

Rahmenbedingungen zu sorgen“, betonten die Verhandlungsführer Endter und Dieckmann. Dass es sich bei der Belegschaft der Computer Bild durchaus um eine kämpferische Truppe handelt, hatte diese bereits 2012 bewiesen. Damals traten die knapp 90 Beschäftigten der Computer-Bild-Gruppe für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze in einen Warnstreik. Sie wehrten sich dagegen, dass ihre tarifgebundenen Arbeitsplätze in eine tariflose Tochtergesell-

schaft übergehen. Das zu verhindern, gelang ihnen nicht. Aber sie konnten eine unter diesen Umständen akzeptable Betriebsvereinbarung mit dem Arbeitgeber Springer durchsetzen.

Link zum Artikel auf M-Online:

<https://tinyurl.com/ybmdt8o8>



Warnstreik bei Computer Bild in Hamburg am 13. Juli 2018

Foto: ver.di

Workshops für Betriebsräte in Zeitungsverlagen

In diesen Workshops setzen sich Betriebsräte mit den Veränderungsprozessen und ihren Auswirkungen auf die Beschäftigten und die Unternehmensstrukturen insbesondere in den Bereichen Arbeitsorganisation, Beschäftigungsentwicklung und Qualifizierung auf der Basis aktueller Forschungsergebnisse auseinander. Mithilfe systematischer Methoden werden die betrieblichen Erfahrungen und Herausforderungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ins Zentrum gestellt. Ziel des Workshops ist die beteiligungsorientierte Entwicklung von betrieblichen Handlungs- und Strategiekonzepten, die es den Interessenvertretern ermöglichen, den digitalen Strukturwandel (pro)aktiv und auf Grundlage des gesetzlichen Handlungsrahmens (BetrVG) im Sinne der Beschäftigten zu gestalten und mitzubestimmen.

Es werden vier Termine in Hamburg, Magdeburg, Frankfurt/Main und München angeboten.

<https://tinyurl.com/ya4dwnhg>

Tarifflicht in Hessen:

Ippen will mit der FNP raus aus dem Tarifvertrag

Die Gewerkschaft ver.di reagiert mit schärfster Kritik auf die Pläne der neuen Eigentümer der Frankfurter Societäts-Medien, den Tarifvertrag verlassen zu wollen.

ver.di-Landesfachbereichsleiter Medien, Manfred Moos: „Nun scheinen sich die Befürchtungen zu bestätigen, die mit der Übernahme durch die Ippen-Gruppe und die Verlegerfamilie Rempel entstanden sind. Bereits bei den Verkaufsverhandlungen wurde die Mitbestimmung nicht eingehalten, Betriebsräte wurden nicht informiert. Genau im selben Stil geht es grade weiter. Der Personalabbau in der Redaktion führt bereits zu einer Verdichtung der Arbeit. Nun sollen die Kolleginnen und Kollegen auch noch von den ohnehin bescheidenen Tarifabschlüssen ausgeschlossen werden.“

Die neuen Eigentümer der Frankfurter Societäts-Medien GmbH haben Anfang Juni angekündigt, in den sogenannten OT-Status (=Ohne Tarif) des Verbands Hessischer Zeitungsverleger (VHZV) wechseln zu wollen. Damit verfolgt die Geschäftsführung das Ziel, Redakteurinnen und Redakteure künftig nicht mehr nach Tarif zahlen zu müssen.

ver.di wird Gegenmaßnahmen beraten. Manfred Moos: „Die Kolleginnen und Kollegen der Frankfurter Neuen Presse werden den Ausstieg aus dem Tarif nicht kampflos hinnehmen. Die Belegschaft hat immer wieder unter Beweis gestellt, dass sie bereit ist, sich für ihre Rechte einzusetzen, zuletzt durch zahlreiche Streiktage in der aktuellen Tarifrunde.“

Ippen und die Rempel-Familie hatten die Frankfurter Rundschau und die Frankfurter Neue Presse im Februar gekauft. Damit erweiterte die Verlagsgruppe des Münchener Verlegers Dirk Ippen ihren Einfluss in Hessen erheblich. Der Ippen-Gruppe gehören unter anderem bereits die Offenbach Post, die Hessische/Niedersächsische Allgemeine in Kassel, die Hersfelder Zeitung und die Gießener Allgemeine sowie zahlreiche Anzeigenblätter und Druckereien in Kassel und Offenbach. Bundesweit galt die Ippen-Gruppe mit zahlreichen weiteren Blättern und Druckereien in mehreren Bundesländern als die Nummer sechs unter den deutschen Zeitungsverlagen.

<https://medien-kunst-industrie-hessen.verdi.de>

Gewerkschaften zeigen Madsack an

Die Gewerkschaften dju in ver.di und DJV haben ein Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen Verantwortliche des Madsack-Konzerns beantragt. Grund dafür ist die verspätete und unzureichende Information der Betriebsräte über die Pläne zur Umstrukturierung der Online-Aktivitäten innerhalb der Mediengruppe. Diese sollen künftig für alle regionalen Angebote sowie das neue Portal rnd.de zentral aus Hannover gesteuert werden. Damit verbunden ist ein Stellenabbau an den einzelnen Standorten. Mit dieser groben Missachtung von Informations- und Beratungsrechten habe die Konzernspitze gegen Paragraph 121 des Betriebsverfassungsgesetzes verstoßen, argumentieren die Gewerkschaften. So seien die Betriebsräte über die offenbar bereits seit Anfang 2017 entwickelten Pläne zur Neugestaltung der Online-Strategie erst unmittelbar vor deren öffentlicher Bekanntgabe informiert worden. Damit sei den Betriebsräten, so dju und DJV, die Möglichkeit genommen worden, über die Maßnahmen und deren Folgen für die Beschäftigten zu beraten sowie Alternativvorschläge zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu unterbreiten.

Ausführlicher Artikel auf M-Online:

<https://tinyurl.com/y9rqxe34>

Hamburger Abendblatt:

Ringens um die „Extrawurst“

Es ging um die Wurst, als der Betriebsrat des Hamburger Abendblatts am 4. Juli zur kämpferischen Mittagspause in die Bäckerei neben dem Verlageingang eingeladen hatte. Dass die Betriebsratsmitglieder dabei kostenlose Knackwürste verteilten, diente nicht nur der Motivation der Kolleginnen und Kollegen, sondern als Symbol: Die Beschäftigten der Hamburger Standorte der Funke-Medien-Gruppe kämpfen derzeit um den Erhalt ihres Rationalisierungsschutzabkommens. Das gilt in der Funke-Welt als „Hamburger Extrawurst“ und der Verlag lässt es auslaufen.

Abgeschlossen wurde das Abkommen in den 1980er Jahren, zu Zeiten, als das Abendblatt

noch zum Axel-Springer-Verlag gehörte und dieser elektronische Redaktionssysteme einführt. Es enthält zahlreiche Regelungen, wie bei Stellenabbau und Umstrukturierungen Härten gegenüber den Mitarbeitern vermieden werden: zum Beispiel mit Qualifizierungsmaßnahmen für andere Aufgaben im Verlag, großzügige Vorruhestandsregelungen oder Umzugshilfen bei Versetzungen. Das Abkommen wurde fortan bei fast jeder größeren Umstrukturierung angewendet, statt jedes Mal einzelne Sozialpläne auszuhandeln.

Ausführlicher Artikel von Lars Hansen auf M-Online:

<https://tinyurl.com/y942b9xg>



Abendblatt-Betriebsräte verteilen heiße Extrawürste.

Foto: Lars Hansen

Eßlinger Zeitung:

„Freie“ kämpfen gegen Einkommensverlust

„Freie Mitarbeiter für die Lokalredaktion der Eßlinger Zeitung gesucht“. Eigentlich eine ganz alltägliche Zeitungsanzeige - allerdings mit einem ungewöhnlichen Zeitpunkt. Denn die Annonce rückte die Leitung der Eßlinger Zeitung just zu dem Zeitpunkt ins Blatt, an dem die freien Journalisten der zum SWMH-Konzern gehörenden Lokalzeitung im Solidaritätsstreik mit den fest angestellten Redakteuren waren. Das Signal des Unternehmens ist eindeutig: „Freie“ die zu streiken wagen, werden mit Auftragsentzug und damit Einkommensverlust bedroht.

Den Einkommensverlust aber haben die freien Mitarbeiter der Eßlinger Zeitung bereits. Galt unter früheren Chefredakteuren die Devise, dass die Honorarsätze der Zeitung in dem Maß erhöht werden, wie die Gehälter der fest angestellten Redakteure steigen, gibt es seit 8 Jahren keine Erhöhung der Zeilen- und Fotohonorare mehr. Damals hatten die „Freien“ gegenüber dem Verlag die Anwendung der gemeinsamen Vergütungsregeln für freie Journalisten an Tageszeitungen durchgesetzt, die der Verlegerverband inzwischen gekündigt hat.

Aber nicht nur die ausbleibende Honorarerhöhung macht den freien Journalisten in Ess-

lingen zu schaffen. Seit Jahresbeginn gibt es auch ein neues Zeitungslayout mit längeren Zeilen und kürzeren Artikeln. Das bedeutet für die freien Mitarbeiter, dass sie pro Termin für die gleiche Arbeit weniger verdienen.

Darüber informierten die freien Journalisten die Leserinnen und Leser der Eßlinger Zeitung in einem Flugblatt der deutschen Journalistinnen und Journalisten union (dju in ver.di). In dem Flugblatt wiesen sie darauf hin, dass etwa die Hälfte aller örtlichen Artikel in der Eßlinger Zeitung von ihnen geschrieben und recherchiert wird. Und sie stellten an den Verlag die Forderung, künftig 78 Cent pro Zeile statt aktuell 62 Cent zu zahlen.

Und weil es um Geld ging, traten die freien Journalisten der Eßlinger Zeitung auch in den Solidaritätsstreik zur Unterstützung ihrer fest angestellten Kollegen bei deren Kampf um höhere Gehälter. Einer der „Freien“ aus Esslingen, Peter Dietrich, schilderte die Situation dann auch bei der zentralen Streikkundgebung für Baden-Württemberg am 29. Juni in Heilbronn - bei heftigem Applaus der Redakteurinnen und Redakteure, die aus dem ganzen Land angereist waren und täglich mit den freien Mitarbeitern ihrer Zeitungen zusammenarbeiten. Übrigens: die „Freien“ hatten in zwei Gesprä-

chen mit Verlagsleitung und Chefredaktion versucht, eine friedliche Einigung mit ihrem Auftraggeber Eßlinger Zeitung zu erzielen. Aber Verlagsleiter Heinkel bezeichnete die Einkommensverluste wegen der längeren Zeilen zynisch als „Kollateralschaden“ der Lay-Out-Umstellung.

Link zu M-Online

<https://tinyurl.com/yau83sgk>

Link zum ver.di-Landesfachbereich:

<https://tinyurl.com/yaaa5ll6>

Protest beim Esslinger Zeitungsjubiläum
Beim Festakt zum 150. Zeitungsjubiläum der Eßlinger Zeitung Ende April demonstrierten streikende Journalistinnen und Journalisten aus ganz Baden-Württemberg gegen unzureichende Angebote ihrer Verleger in den laufenden Tarifverhandlungen.

Link zur ver.di-Pressemitteilung:

<https://tinyurl.com/ycra25sv>

8. ver.di-Medientage:

#krassmedial: Gute Daten, schlechte Daten

Nicht nur um Daten, sondern ganz generell um die journalistische Arbeit mit neuen Quellen ging es auf den 8. ver.di-Medientagen, die vom 22. bis 24. Juni bereits zum dritten Mal in Folge im ver.di-Bildungszentrum Clara Sahlberg am Berliner Wannsee stattfanden. So sind Daten und Informationen zwar seit jeher Grundlage der journalistischen Berichterstattung, doch schaffen die Digitalisierung und die einhergehende massenhafte Datenerfassung neue Möglichkeiten – aber auch Herausforderungen. Nach Antworten darauf wurde in der mittlerweile bewährten Mischung aus praxisorientierten Workshops und Vorträgen gesucht.

Rund 40 Medienschaffende aus allen Bereichen waren angereist, nicht nur um sich weiterzubilden, sondern auch um zu Netzwerken. Mit einem Blick über den medialen Tellerrand und in die Zukunft des Journalismus mit Daten eröffnete der Computerlinguist Prof. Dr. Michael Strube vom Heidelberger Institut für theoretische Studien (HITS) am Freitagabend die Tagung. Der begeisterte Zeitungsläser, der seit seiner Schulzeit die FAZ abonniert hat und seit 25 Jahren kein Windows mehr benutzt, warb für eine engere Zusammenarbeit von Journalismus und Wissenschaft. Denn die Computerlinguistik arbeite nicht nur daran, Medienschaffende in ihrer Arbeit durch das Bereitstellen bestimmter Tools zu unterstützen, sondern könne mit ihren Methoden den Journalismus auch analysieren. Dafür bedürfe es aber großer Datensätze aus der Medien-



#krassmedial 2018: Entwickler und Journalist Sakander Zirai über Methoden des Data Minings

Foto: Matthias von Fintel

praxis, mit deren Hilfe dann Deep-Learning-Verfahren trainiert würden. Schon immer arbeite die Computerlinguistik vorrangig mit journalistischen Texten, die ihr von Verlagen, in Deutschland etwa der taz, zur Verfügung gestellt werden. Durch die Analyse dieser Daten sei es möglich, intelligente Algorithmen zu trainieren, die dann etwa bei der Optimierung von Artikeln oder auch beim Erkennen von Fake News helfen könnten. Möglich seien auch Methoden, um Kommentarspalten im Netz automatisch zu moderieren und damit gegen Hate Speech vorzugehen, sagte Strube, der zu diesem Thema auch Workshops an seinem

Institut anbietet. Alles noch Zukunftsmusik? Im Moment ja. Manche Tools, wie etwa eines zur automatischen Textanalyse unterschiedlicher Quellen im Netz, könnten aber schon in drei Jahren für die Medienpraxis bereitstehen, kündigte der Wissenschaftler an.

Gekürzte Fassung, ausführlicher Bericht auf M-Online von Monique Hofmann:

<https://tinyurl.com/yd9wplzt>

Zeitschriften-Redaktionen

4,3 Prozent mehr Geld in zwei Stufen

In der dritten Verhandlungsrunde für die 6000 Zeitschriftenredakteurinnen und -redakteure in Verlagen für Fach- und Publikumszeitschriften und kirchliche Publikationen haben sich ver.di und DJV mit dem Zeitschriftenverlegerverband (VDZ) auf Tarifierhöhungen geeinigt.

In zwei Stufen sollen die Gehälter zunächst um 100 Euro Festbetrag ab Juli 2018 und danach um zwei Prozent ab November 2019 erhöht werden. Der Tarifabschluss hat eine Laufzeit über 30 Monate bis Ende Oktober 2020.

„Wir haben eine stärkere Tarifierhöhung für Berufseinsteiger durchgesetzt. Die Erhöhung um 100 Euro führt zu einem Einstiegsgehalt von 3.398 Euro. Darauf kommen dann noch 68 Euro durch die zweite lineare zweiprozentige Erhöhung. Für alle Redakteurinnen und Redakteure führt die Einigung zu einer Tarifsteigerung von durchschnittlich 2,3 Prozent in der ersten Stufe und dann 2 Prozent linear für alle. Vor dem Hintergrund ist die

Laufzeit bis Ende Oktober 2020 verschmerzbar,“ erklärte ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

Für Volontärinnen und Volontäre wurde eine Erhöhung um drei Prozent ab Juli 2018 und zwei Prozent ab November 2019 vereinbart.



Foto: Werner Bachmeier

Twitter-Tipps



Fachgruppe
Verlage, Druck
und Papier:
[@vdp_in_verdi](https://twitter.com/vdp_in_verdi)
die dju:
[@djuverdi](https://twitter.com/djuverdi)
Tarifinfos:
[@tarif_medien](https://twitter.com/tarif_medien)

Impressum

Der Verlagsnewsletter ist eine Publikation der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft Bundesfachbereich 8
Bereich Medien, Paula-Thiede-Ufer 10
10112 Berlin
V.i.S.d.P.: Matthias von Fintel
Tarifsekretär Medien
Redaktion: Silke Leuckfeld
<http://tinyurl.com/o2jwqhg>

DIE STÄRKE VON VER.DI WÄCHST MIT JEDEM MITGLIED – DER BEITRITT LOHNT SICH.
<https://mitgliedwerden.verdi.de/>